



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHE LANDWIRTSCHAFT IN ZEITEN DES KLIMAWANDELS

- **ANALYSE**
Nachhaltige Landwirtschaft in Polen – Utopie, Chance oder Notwendigkeit? 2
Paulina Sobiesiak-Penszko, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau
- **INTERVIEW**
Den Landwirten sollte am meisten am Klimaschutz liegen, denn sie spüren die 7
Veränderungen am stärksten
Interview mit Zbigniew Karaczun
- **STATISTIK**
Daten zur Landwirtschaft in Polen 10

- **STATISTIK**
Covid-19 in Polen 15
- **CHRONIK**
Covid-19-Chronik, 21. April – 4. Mai 2020 19

- **CHRONIK**
21. April – 4. Mai 2020 21

Nachhaltige Landwirtschaft in Polen – Utopie, Chance oder Notwendigkeit?

Paulina Sobiesiak-Penszko, Institut für Öffentliche Angelegenheiten, Warschau

DOI: 10.31205/PA.255.01

Zusammenfassung

Der globale Klimawandel stellt auch die Landwirtschaft vor große Herausforderungen. Das zurzeit in Polen dominierende Modell der industriellen Landwirtschaft, das auf Effizienz und niedrigen Kosten basiert, erfordert Veränderungen. Die Landwirtschaft braucht eine Transformation hin zu einem nachhaltigen Modell, in dem außer ökonomischen Faktoren auch der Umweltschutz und gesellschaftliche Aspekte von Bedeutung sind. Gefragt wird, ob solche Veränderungen in der Landwirtschaft in Polen gegenwärtig möglich sind und unter welchen Bedingungen sie vollzogen werden können.

Die Landwirtschaft in der Zeit der globalen Erderwärmung

Prognosen zufolge erwartet Polen im Jahr 2020 eine Rekorddürre, möglicherweise die stärkste seit einem halben Jahrhundert. Zum jetzigen Zeitpunkt betrifft die Dürregefahr bereits zehn von 16 Woiwodschaften. Gründe dafür gibt es viele: die zunehmend wärmeren Winter, die sich verändernden Niederschläge (mehr Starkregenereignisse), steigende Temperaturen, die die Wasserverdunstung begünstigen; zudem fehlen eine landesweite Strategie und Maßnahmen zur Wasserspeicherung und zur Rückwandlung von Feuchtgebieten.

Die Trockenheit ist nur eines der Probleme, mit denen sich die Landwirtschaft im Zusammenhang mit dem Klimawandel messen muss. Die globale Erwärmung wird die Produktionsmöglichkeiten im Landwirtschaftssektor verändern und die Ernteergebnisse instabiler werden lassen. Es werden neue Gefahren im Zusammenhang mit neuen Krankheiten auftreten. Der Charakter der landwirtschaftlichen Produktion wird sich verändern. Prognosen sagen, dass in Polen u. a. der Anbau von Wintergetreide, Kartoffeln und Zuckerrüben zurückgehen und vor allem der Anbau von wärmeverträglichen Pflanzen ertragreich sein wird. Infolge der Trockenheit und der Notwendigkeit, die Weiden zu bewässern, werden auch die Kosten für die Tiermast steigen. Zugleich jedoch spielt die Landwirtschaft, die den Klimawandel sehr stark zu spüren beginnt, eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Klimakatastrophe und bei der wirtschaftlichen Transformation zugunsten eines geringeren Treibhausgasausstoßes sowie bei der Umsetzung der Maßnahmen des europäischen »Green Deal«.

Das Ziel Europas, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu sein, wird auch die Einstellung zur Landwirtschaftspolitik verändern müssen. Aktuell verantwortet die Landwirtschaft unterschiedlichen Untersuchungen zufolge zirka 12 bis 14 Prozent der globalen Treibhaus-

gasemissionen; in Polen sind es ungefähr zehn Prozent der Gesamtemissionen. Es handelt sich v. a. um Methan und Stickstoffmonoxid, deren Einfluss auf die globale Erwärmung allerdings 25 bzw. 290 Mal höher ist als im Falle von Kohlendioxid. Die Landwirtschaft ist zudem eine wichtige Ursache für Wasserverschmutzung und die Verminderung der Bodenqualität.

Die Einführung von Veränderungen erfordert vor allem die Abkehr von dem bisher in Europa und weltweit befürworteten Modell der Intensivlandwirtschaft, das auf Rentabilität, Effektivität und niedrigen Produktionskosten basiert. Dies führt dazu, dass Flächen zusammengelegt werden und kleine Betriebe aufgeben. Weniger zählt dabei der Naturschutz und das Wohl der in der Landwirtschaft Beschäftigten.

Das Modell der nachhaltigen Landwirtschaft bietet diesen breiteren und komplexeren Zugang. Hier wird die Landwirtschaft nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten mit Blick auf ihre Produktivität betrachtet, sondern werden auch Umweltaspekte und ihre gesellschaftliche Dimension einbezogen, also die Wirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt (Zustand des Bodens und des Wassers, Tierwohl) sowie ihre vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen (Entwicklung kultureller Werte, Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Verhinderung von Armut). In welchem dieser beiden Modelle, dem industriellen oder dem nachhaltigen, befindet sich gegenwärtig die polnische Landwirtschaft und in welche Richtung geht sie? Diese Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden.

Die öffentliche Debatte in Polen über die Landwirtschaft und ihre Zukunft

Die Landwirtschaft ist einer der wichtigsten Sektoren der Wirtschaft mit Schlüsselbedeutung für die Ernährungssicherheit des Landes. Trotzdem findet die polnische Debatte über die Lage und Zukunft der Landwirtschaft nur am Rande statt und ist in der öffentlichen

Wahrnehmung nicht weiter präsent. Landwirtschaftliche Themen sind immer noch eher den Experten vorbehalten als der breiten Öffentlichkeit. Auch die Stimmen der Bauern sind in der Debatte nur schwach zu vernehmen. Es ist also nicht verwunderlich, dass das Bild des Dorfes und der Arbeit in der Landwirtschaft in Polen vereinfacht und reich an Stereotypen bleibt. Eines davon ist zum Beispiel das des reichen Bauern, der sich an den europäischen Zuzahlungen bereichert hat. Es fehlen eine kohärente Zukunftsvision für die Landwirtschaft und der Konsens darüber, welches Modell gewünscht wird. Manche politischen Parteien weisen darauf hin, dass die landwirtschaftlichen Familienbetriebe Schlüsselbedeutung haben, so die zurzeit regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) und die linke Partei Gemeinsam (*Razem*). Die Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) und die Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) fordern, dass sich die Landwirtschaft gleichermaßen auf Familienbetriebe wie auf Großbetriebe stützen solle, und wieder andere, zum Beispiel Die Moderne (*Nowoczesna*), legen den Schwerpunkt vor allem auf die landwirtschaftlichen Großbetriebe. Dagegen wird in Polen weder darüber diskutiert noch werden Instrumente oder eine Politik geschaffen, die die Transformation der Landwirtschaft hin zu einem nachhaltigeren Modell mit weniger Emissionen und mehr Klimaschutz unterstützen. Allerdings wurde der Zustand der Umwelt als einer der wichtigen Bereiche anerkannt, um die Ziele der »Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung« zu erreichen. (Die Strategie, die im Jahr 2017 vom Ministerrat verabschiedet wurde, ist das wichtigste Dokument der mittel- und langfristigen Wirtschaftspolitik Polens. Sie bestimmt die Ziele und Entwicklungsrichtungen angesichts der größten Herausforderungen, vor denen die polnische Wirtschaft steht.) Es gibt auch keine Pläne, die Landwirtschaft an den Klimawandel anzupassen, ebenso wenig wie Debatten über die in der Landwirtschaft bevorstehenden Veränderungen für die Dörfer, ihre Einwohner und die Umwelt. Die Veränderungen sind allerdings bedeutend.

Ist die polnische Landwirtschaft nachhaltig und kann sie nachhaltiger werden?

Die 30 Jahre im kapitalistischen Wirtschaftssystem und 16 Jahre in der Europäischen Union haben die polnische Landwirtschaft sehr verändert. Zwar unterscheidet sie sich immer noch von anderen EU-Mitgliedsländern und wird sie immer noch von Betrieben in einer Größenordnung bis zu zehn Hektar dominiert (75 Prozent). Diese Struktur verändert sich jedoch schrittweise. Die Anzahl der kleinsten Höfe sinkt, während die der größeren Betriebe steigt, insbesondere derjenigen mit 50 Hektar und mehr. Zurzeit beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe, die ausschließlich für den

Markt produzieren, zirka 20 Prozent. Die auf den Export ausgerichtete Landwirtschaft entwickelt sich rasch. Der Wert der Lebensmittelausfuhr aus Polen wuchs seit 2004 um mehr als das Vierfache. Die Bedeutung der großflächigen Monokulturen und industriellen Mastanstalten steigt. Das Dorf wird in technologischer Hinsicht moderner. Dank der finanziellen Mittel der EU können sich die Landwirte immer bessere Geräte leisten. In den Dörfern steigt die Lebensqualität und es ist zu beobachten, dass sich der Entwicklungsabstand zwischen dem Dorf und der Stadt verringert.

Wie allerdings die aktuellen Untersuchungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (*Instytut Spraw Publicznych – ISP*) gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung zeigen (siehe Informationen am Ende des Textes), werden die Veränderungen in der Landwirtschaft auch von einer Reihe gesellschaftlicher Kosten begleitet, die auf die Möglichkeiten ihrer Transformation in Richtung nachhaltigerer Landwirtschaft einwirken. Teilweise sind sie das Ergebnis der in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union vertretenen Intensivierung der Produktion. Andere resultieren daraus, dass auf nationaler Ebene eine kohärente und konsequente Politik zur Unterstützung der Landwirtschaft in Polen fehlen.

Zu den ungelösten Problemen im ländlichen Raum zählen über das fehlende attraktive kulturelle Angebot hinaus der schlechtere Internetzugang und die immer noch fehlende gute Infrastruktur, was Straßen, Wasserleitungen und Kanalisation sowie Beleuchtung betrifft. Noch gravierender ist jedoch, dass viele Bauern kaum von der Landwirtschaft leben können. 75 Prozent der Bewohner auf dem Land verdienen ihren Lebensunterhalt außerhalb der Landwirtschaft. Der Prozess der schwindenden Landwirtschaft schreitet fort. Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft im ganzen Land sank von 11,4 Prozent im Jahr 2014 auf 10,4 Prozent im Jahr 2017. Die geringe Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion führt u. a. zu wachsender Armut. Im Jahr 2016 lebten elf Prozent der Landwirte in extremer Armut und seitdem ist der Anteil gestiegen. Ein Problem ist auch die ständige Unvorhersehbarkeit. So haben die polnischen Bauern infolge der sich ständig verändernden Preise und der Schwierigkeiten mit dem Absatz der landwirtschaftlichen Produkte sowie aufgrund der Probleme mit dem in Polen ineffektiv organisierten Handel (der von Supermärkten und internationalen Handelskonzernen dominiert wird) ein Gefühl der Unsicherheit und fehlender Stabilität. Auf der einen Seite fühlen sie sehr stark den Druck, effektiver und billiger produzieren zu müssen. Auf der anderen Seite tragen sie auch die Folgen, dass es keine wirksamen Sicherungsmechanismen vor schicksalhaften Ereignissen gibt, beispielsweise der sogenannten Afrikanischen Schweinepest, dem russischen

Lebensmittelembargo (2014–2018) oder der Dürre. Viele Bauern nehmen solche Entwicklungen als etwas Unabwendbares und ihren Einfluss auf Veränderung der Lage zum Guten als verschwindend gering wahr.

Eine der Folgen ist, dass die jüngeren Generationen ihre Zukunft nicht in der Landwirtschaft sehen. Auf der Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten führt das zu Migration, auch ins Ausland. Für das Dorf bedeutet das, dass nachfolgende Generationen von Arbeitskräften fehlen. Die älteren Bauern, die auf dem Land bleiben, sind gezwungen, ihr Land zu verpachten oder zu verkaufen. Das führt u. a. zu einer Konzentration des Landbesitzes und zu einer Reduzierung der Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe. Die statistischen Daten zeigen, dass sich in den letzten 16 Jahren die Anzahl der kleinen Höfe in Polen um 450.000 reduziert hat. Die größten Höfe (über 50 Hektar), die nur einen Anteil von 2,5 Prozent ausmachen, konzentrieren immer mehr der landwirtschaftlichen Nutzflächen; im Jahr 2017 waren es über 31 Prozent der Flächen.

Die fehlenden stabilen Bedingungen in der Landwirtschaft erschweren den Landwirten auch, neue Investitionen zu tätigen und Kreditmöglichkeiten zu nutzen. Zweifels- ohne ist es schwierig, eine Kalkulation aufzustellen, wenn sich die Preise in sehr kurzer Zeit um 100 oder 200 Prozent verändern können. Die europäischen Direktzahlungen blockieren den Verkauf von Land und im Falle von gepachteten Flächen gibt es keine Sicherheit, dass auch im folgenden Jahr die Bewirtschaftung dort weitergehen kann.

Die Landwirte konzentrieren sich darauf durchzuhalten, was das Interesse an Umweltbelangen nicht unbedingt fördert. Das Streben nach Kostensenkungen und Rentabilität um jeden Preis führt u. a. zu einem fortschreitenden Einsatz chemischer Produkte in der Landwirtschaft, beispielsweise Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel. Statistische Daten zeigen, dass in der polnischen Landwirtschaft seit mindestens zehn Jahren der Einsatz von mineralischen und chemischen Düngern steigt. Hinzu kommt, dass die Fruchtfolge verkürzt wird und weniger Kalkdüngungen erfolgen.

Mit Blick auf den Umweltschutz ist es auch nicht hilfreich, dass den Bauern vonseiten der Landwirtschaftsschulen keine ausreichende Ausbildung und Unterstützung gegeben wird und dass sich die in jeder Woiwodschaft vertretenen Zentren für landwirtschaftliche Beratung (*Ośrodek Doradztwa Rolniczego – ODR*) in einer Krise befinden. Deren Rolle für Fortbildung und Information übernehmen immer häufiger Chemieunternehmen. Im Gegensatz zu den *ODR* halten die Firmen den ständigen Kontakt mit den Landwirten und bringen sie eher dazu, Chemikalien einzusetzen als den Umweltschutz in ihre Tätigkeit einzubeziehen.

Die Untersuchungen zeigen, dass die Landwirte nur ein allgemeines und oberflächliches Wissen über den Einfluss der landwirtschaftlichen Praktiken auf die Umwelt

haben. Es fehlt die Reflexion über die langfristigen Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Qualität des Wassers, der Böden und der Biodiversität sowie über die Möglichkeiten der Produktion qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Vielmehr betrachtet es ein Teil der Landwirte als Erschwernis und Hindernis für die Entwicklung ihrer Tätigkeit, dass es Normen und Verpflichtungen für den Umweltschutz gibt (*cross-compliance*). Bestärkt wird diese Haltung durch das gegenwärtige Kontrollsystem, das vor allem auf Sanktionen und Strafen bei Nichteinhaltung der geltenden Umweltschutznormen beruht und deutlich zu wenig auf Bildung und Schulung. Auf der anderen Seite muss jedoch festgestellt werden, dass die Landwirte trotz ablehnender Einstellung gegenüber manchen Umweltnormen und der Art und Weise, wie die Einhaltung kontrolliert wird, eine negative Haltung gegenüber der Entwicklung einnehmen, dass Lebensmittel mit einem großen Anteil chemischer Zusätze produziert werden. Da sie selbst meinen, dass das nicht gesund ist, versorgen sie sich nach Möglichkeit mit lokalen Produkten, deren Anbauweise ihnen bekannt ist.

Nach Ansicht der Landwirte wird ihre Haltung zum Umweltschutz außerdem ungünstig beeinflusst, weil die polnischen Konsumenten ihre Kaufentscheidungen vor allem vom Preis und vom Aussehen der Waren abhängig machen und nicht davon, wie die Produkte angebaut werden und welche Auswirkungen das auf die Umwelt hat. Dies ist auch einer der Gründe, warum sich Landwirte in Polen selten für den ökologischen Anbau entscheiden. Im Jahr 2017 hatten von 1,4 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben nur zirka ein Prozent (15.470 Betriebe) ein Zertifikat für ökologischen Landbau, und diese Zahl hat sich in den letzten Jahren noch verringert. Neben anderen Hindernissen für die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft (beispielsweise ein kompliziertes Zertifizierungssystem und fehlende Möglichkeiten, ökologische Erzeugnisse lokal zu verarbeiten) ist es gerade auch die Überzeugung der Bauern, dass die Konsumenten kein Interesse und Vertrauen in ökologische Produkte haben. Dies kann zu der Einschätzung führen, dass sich diese Art der Landwirtschaft nicht rechnet.

Außerdem nehmen die Bauern wahr, dass es keine deutlich auf Umweltschutz ausgerichtete Politik in Polen gibt und dass ein Teil der politischen Klasse (darunter auch die regierende *PiS*) ihre Geringschätzung gegenüber dem Umweltschutz aufrechterhält. Auch dies hat Einfluss auf die Einstellung der Landwirte zum Umweltschutz.

Die Untersuchungen zeigen, dass die ökonomischen Bedingungen und die fortwährend schwierige Situation vieler Landwirte in Polen die Transformation dieses Wirtschaftssektors hin zu mehr Nachhaltigkeit gegenwärtig erschweren. Daher scheint es wesentlich zu sein, erstens die wirtschaftliche Situation der Bauern zu ver-

bessern und zweitens sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene (hier im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik) systemische Maßnahmen einzuführen.

Angesichts der bedrohlichen Klimakatastrophe und der fortschreitenden Umweltzerstörung ist eine schnellstmögliche Veränderung des gegenwärtig dominierenden Modells der industriellen Landwirtschaft notwendig. Dabei sind die Schritte in Richtung nachhaltige Landwirtschaft nicht nur eine Chance, die Natur zu stärken und den Schadstoffeinsatz und -ausstoß zu begrenzen, sondern auch die lokalen Arbeitsbedingungen auf dem Land zu verbessern und die öffentliche Kontrolle über die Lebensmittelproduktion zu erlangen, die zurzeit den Interessen internationaler Konzerne untersteht.

Was muss getan werden? Notwendige Maßnahmen

Unter den Maßnahmen für die Transformation der Landwirtschaft in Richtung größerer Nachhaltigkeit hat erstens die Stärkung der gegenwärtig schwachen Position der Bauern in der Lieferkette Schlüsselbedeutung. Dies würde sich langfristig auf die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation auswirken.

Hier wäre die Selbstorganisation der Landwirte wichtig, beispielsweise in Genossenschaften oder Produzentengemeinschaften, und ihre aktive Mitwirkung auf den verschiedenen Ebenen ihrer Interessengruppen. (Ein interessantes Beispiel für eine bäuerliche Basisbewegung in Polen ist zurzeit *AGROunia*, deren Ziele stabile Familienbetriebe, der Schutz des nationalen Marktes und der Aufbau von Beziehungen zwischen den Landwirten und den Konsumenten sind.)

Außerdem sollten die Lieferketten verkürzt werden, indem u. a. in Form von Direktverkauf, mit Hilfe lokaler Märkte oder des Modells »Gemeinschaft unterstützt Landwirtschaft« (*Rolnictwo Wspierane przez Społeczność*) direkte Beziehungen zwischen den Landwirten und den Konsumenten aufgebaut werden. Auf nationaler Ebene wäre die Werbung für lokale und regionale Lebensmittel wichtig und auf europäischer Ebene der GAP die Einführung eines Systems, in dem die Produzenten eine stärkere Position gegenüber den verarbeitenden Betrieben und dem Handel haben und kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe angeglichenen Chancen u. a. beim Zugang zu europäischen Mitteln.

Zweitens sind Maßnahmen zur Verringerung der negativen Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt wichtig. Dazu sind neue Mechanismen auf der Ebene der Gemeinsamen Agrarpolitik notwendig. Veränderungen sind u. a. im System der Direktzahlungen pro Hektar erforderlich, das heute vor allem die größten landwirtschaftlichen Betriebe unterstützt (zirka 20 Prozent der Landwirte in der Europäischen Union erhalten mehr als 80 Prozent der Direktzahlungen). Das neue

Finanzierungssystem sollte weniger am Landbesitz ausgerichtet sein als am praktizierten Umweltschutz der Landwirte und diejenigen eindeutig fördern, die das Wasser schützen, den Anteil der organischen Substanzen im Boden erhöhen, die Anwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln und Düngern beschränken und Klimaschutz betreiben.

Wichtig ist außerdem eine kohärente, vielseitige Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft, u. a. bei der lokalen Verarbeitung der Erträge, bei der Erzeugung von Nachfrage nach ökologischen Produkten und damit einhergehend bei vertrauensbildenden Maßnahmen unter den Konsumenten und bei der Information über die positiven Auswirkungen dieser Form der Landwirtschaft auf die Umwelt und die Gesundheit.

Ein weiterer Schlüsselbereich ist die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung. Hier sollten die Bedeutung des Umweltschutzes und der Biodiversität bzw. die negativen materiellen und immateriellen Folgen bei Nichtbeachtung stärker vermittelt werden, insbesondere bereits in den Landwirtschaftsschulen. Wichtig ist, konkrete Instrumente vorzustellen und zum Beispiel in Form von Filmen natürliche Pflanzenschutzmittel und die Art ihrer Verwendung bekannt zu machen. Wichtig wäre hier auch die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Zentren für landwirtschaftliche Beratung.

Außerdem sollte es darum gehen, bei der Einhaltung der Umweltschutzaufgaben das Prozedere und die bürokratischen Notwendigkeiten zu vereinfachen und das Kontroll- und Monitoringsystem dahin gehend zu überarbeiten, dass die Landwirte den Sinn der Vorschriften und ihrer Durchführung verstehen. Zurzeit sind sie teilweise für die Landwirte nicht nachvollziehbar, was das Risiko, sie zu verletzen, erhöht.

Der dritte für die Förderung der nachhaltigen Landwirtschaft wichtige Faktor sind die Konsumenten. Hier ist wichtig, ihr Wissen über das Thema Landwirtschaft, ökologische und konventionelle Arbeitsmethoden und ihre Unterschiede und die Bedeutung und Vorteile des Kaufs lokaler Produkte (mit Blick auf sowohl die Unterstützung der heimischen Wirtschaft als auch die Frische und Qualität der Produkte) zu erweitern. Weitere Aspekte wären die Vorteile kurzer Lieferketten und die Möglichkeit, selbst Absatzmärkte mitzugestalten, wie zum Beispiel bei dem Modell »Gemeinschaft unterstützt Landwirtschaft«. Notwendig sind schließlich auch Initiativen, um das Bild und das soziale Ansehen der Bauern und ihrer Arbeit zu verbessern und den Konsumenten zu vermitteln, welche Umweltauforderungen sie erfüllen müssen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Informationen über die Autorin und die zugrunde liegende Studie sowie eine Bibliographie finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Dr. Paulina Sobiesiak-Penszko, Soziologin, ist *Senior Analyst* und Leiterin des Programms für nachhaltige Entwicklung und Klimapolitik des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*), Warschau. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Demokratie und ihr Funktionieren, nachhaltige Entwicklung und Klimapolitik.

Die dargestellten Ergebnisse fassen Untersuchungen zu den Entwicklungsbedingungen einer nachhaltigen Landwirtschaft in Polen zusammen, die das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*) zusammen mit der Heinrich Böll Stiftung in den Jahren 2018 bis 2019 durchgeführt hat. Dabei wurden zur Verfassung, Lage und Zukunft der polnischen Landwirtschaft Landwirte, Experten und Akteure, die für die Erarbeitung und Umsetzung der Landwirtschaftspolitik in Polen verantwortlich sind, befragt. Ausführlich werden die Ergebnisse in der Publikation *Perspektywy zrównoważonego rolnictwa w Polsce. Analiza społeczno-polityczna* [Perspektiven der nachhaltigen Landwirtschaft in Polen. Eine gesellschaftspolitische Analyse] von Paulina Sobiesiak-Penszko, Filip Pazderski und Ewa Jakubowska-Lorenz (Warszawa 2019) präsentiert. <https://www.isp.org.pl/pl/publikacje/perspektywy-zrownowazonego-rolnictwa-w-polsce-analiza-spoeczno-polityczna>

Bibliographie

- Paulina Sobiesiak-Penszko, Filip Pazderski, Ewa Jakubowska-Lorenz: *Perspektywy zrównoważonego rolnictwa w Polsce. Analiza społeczno-polityczna* [Perspektiven der nachhaltigen Landwirtschaft in Polen. Eine gesellschaftspolitische Analyse] Warszawa 2019. <https://www.isp.org.pl/pl/publikacje/perspektywy-zrownowazonego-rolnictwa-w-polsce-analiza-spoeczno-polityczna>
- Instytut Spraw Publicznych, Fundacja im. Heinricha Bölla: *Atlas Rolny. Dokąd zmierza europejska polityka rolna* [Landwirtschaftlicher Atlas. Wohin steuert die europäische Landwirtschaftspolitik]. Warszawa 2019. <https://pl.boell.org/pl/2019/06/07/atlas-rolny-dokad-zmierza-europejska-polityka-rolna>
- Wywiad z dr hab. Zbigniewem Karaczunem dla portalu 300gospodarka.pl [Interview mit Dr. habil. Zbigniew Karaczun für das Portal »300Wirtschaft.pl«]. <http://300gospodarka.pl/300klimat/2020/02/14/to-rolnicy-najmocniejze-wszystkich-odczuja-skutki-zmian-klimatu-wywiad-z-dr-zbigniewem-karaczunem/?fbclid=IwAR3d4Og7pVXcNSDAiPqNhXi-UEGBK7JEp56-jijGPWKnGnaMxZkLXUP4Yt8> [abgerufen am 13.04.2020]
- <https://zielonewiadomosci.pl/tematy/ekologia/tutaj-i-gotowi-znaczenie-chlopskiego-rolnictwa-w-kontekscie-covid-19/> [abgerufen am 13.04.2020]
- *Rolnictwo Wspierane przez Społeczność* [Gemeinschaft unterstützt Landwirtschaft]. <http://www.wspierajrolnictwo.pl/> [abgerufen am 13.04.2020]
- OECD: *Przegląd polityk rozwoju obszarów wiejskich* [Übersicht über die Politik der Entwicklung des ländlichen Raumes]. Polska 2018
- J. Wilkin, I. Nurzyńska (Hg.): *Raport o stanie wsi* [Bericht über die Lage des ländlichen Raumes]. Fundacja na Rzecz Rozwoju Polskiego Rolnictwa. Warszawa 2018
- Główny Urząd Statystyczny: *Rocznik Statystyczny Rolnictwa 2018* [Statistisches Jahrbuch der Landwirtschaft 2018]. Warszawa 2018
- J. Walczak (Hg.): *Ograniczenie zanieczyszczenia azotem pochodzenia rolniczego metodą poprawy jakości wód* [Die Einschränkung der Stickstoffverunreinigungen aus der Landwirtschaft mit Hilfe einer Methode zur Verbesserung der Wasserqualität]. Fundacja na rzecz Rozwoju Polskiego Rolnictwa. Warszawa 2018

Den Landwirten sollte am meisten am Klimaschutz liegen, denn sie spüren die Veränderungen am stärksten

Barbara Rogala spricht mit Zbigniew Karaczun

[...]

Barbara Rogala: *Wie wird die Landwirtschaft eigentlich vom Klimawandel bedroht?*

Zbigniew Karaczun: Die Hauptbedrohung ist in Polen die Trockenheit. Die zweite Gefahr ist das, was wir zurzeit beobachten, es fehlt der Winter und dadurch der Kältereiz für die Wintersaat. Das bewirkt, dass die Ernte der Wintersaat kleiner ausfallen wird. Bei der Wintersaat reden wir vor allem von Getreide, das im Herbst gesät wird, um es früh im Jahr ernten zu können. Eine weitere Gefahr sind neue Krankheiten sowie mehr Krankheiten und Schädlinge, denn sie werden im Winter nicht erfrieren. Außerdem die größere Gefährdung der Ernte infolge von Frösten im späten Frühjahr, denn die Pflanzen treten früher in die Wachstumsphase ein und Fröste im Mai setzen die Pflanzen einem Kältestress aus.

Mit allen diesen Faktoren wird die Instabilität der Produktion einhergehen. Schauen Sie, vor zwei Jahren hatten wir eine enorme Überproduktion im Obstanbau, weshalb es sich nicht auszahlte, das Obst zu ernten. In den Obstplantagen verkam damals ungefähr eine Million Tonnen Obst. Vor drei Jahren dagegen begann die Wachstumsphase ähnlich früh, aber dann kam Frost und die Ernte war dreimal kleiner als im langjährigen Durchschnitt. Das gefährdet sowohl die Preise der landwirtschaftlichen Produkte als auch die Produzenten, denn sie bekommen die investierten Gelder, zum Beispiel im Falle einer Dürre, nicht zurück, und bei Überproduktion können sie wiederum die Ernte nicht verkaufen.

Und welchen Einfluss übt die Landwirtschaft auf die Umwelt aus?

Der Einfluss der Landwirtschaft ist die Bodenzerstörung und die Wasserverschmutzung. Die Landwirtschaft ist im Grunde die größte Quelle für biogene Verbindungen, die ins Wasser geschwemmt werden. Es handelt sich um Phosphor- und Stickstoffverbindungen, die durch den sogenannten Oberflächenabfluss ins Wasser gelangen. [...] Das ist eine wesentliche Verschmutzungsquelle.

Man muss insbesondere deshalb darüber sprechen, weil es wirksame Methoden gibt, die man in der Landwirtschaft und in der Flächenplanung einführen kann und die den negativen Einfluss der Landwirtschaft auf das Wasser verringern würden. Vor allem geht es darum, die Streifen mit Baumbestand und Buschwerk entlang der Wasserläufe und an den Uferlinien von Seen stehen zu lassen. Das ist eine sehr wirksame geochemische Barriere, die den Gehalt der Biogene verringert, indem sie das abfließende Wasser reinigt.

Wenn es Methoden gibt, warum werden diese Lösungen gegenwärtig nicht massenhaft in der Landwirtschaft umgesetzt?

Dies erfordert Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik sowohl in der Europäischen Union als auch in Polen. Die sehr starke Zerstörung der Böden ist eine der Folgen der bisherigen Politik. Der ökonomische Druck auf die Bauern bewirkt, dass sie auf eine nicht vollständig angemessene Art und Weise produzieren.

Beispielsweise verkürzen sie extrem die Fruchtfolge oder verzichten auf sie, was zur Folge hat, dass der Boden nicht ausruht, sich nicht regeneriert und seine Eigenschaften verliert. Insbesondere, wenn er nicht natürlich gedüngt wird, das heißt mit organischem Dünger oder Kompost. Außerdem der Druck, die landwirtschaftliche Produktion zu trennen – Pflanzen und Tiere –, das hat ebenfalls einen sehr negativen Einfluss auf den Boden, denn wir verlieren den Mist als natürlichen Dünger.

Im Rahmen des europäischen »Green Deal« führt die Europäische Union eine ganze Strategie für die Landwirtschaft ein, und zwar »vom Feld bis auf den Tisch«. Worauf wird sie beruhen?

Ich hoffe, das wird der Anfang von Veränderungen in der Herangehensweise der Europäischen Union an die Landwirtschaft sein. Heute stellt sich heraus, dass die bisherigen Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU bei

der Lösung der Mehrheit der Probleme des europäischen ländlichen Raumes und der europäischen Landwirtschaft nicht wirksam waren.

Zurzeit sind der Hauptmechanismus zur Unterstützung der Landwirte die Direktzahlungen. Die Landwirte bekommen Geld allein dafür, dass sie landwirtschaftliche Nutzflächen besitzen. Die Folge ist, dass in Polen 74 Prozent der Zuzahlungen 20 Prozent der Landwirte erhalten. In der EU ist diese Diskrepanz noch größer – 80 Prozent der Bauern erhalten weniger als 20 Prozent aller Zuzahlungen.

In der gesamten EU dauert die Entwicklung an, dass kleine Höfe ihren landwirtschaftlichen Betrieb einstellen. Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union [im Jahr 2004, d.Übers.] bis heute sind in Polen ungefähr eine halbe Million landwirtschaftlicher Betriebe verschwunden oder haben ihre Tätigkeit aufgegeben – das ist sehr viel. Im Ergebnis werden die Dörfer veröden, und es entwickelt sich etwas, was schwerlich Landwirtschaft genannt werden kann – die industrielle Produktion von Tieren und Pflanzen, bei der die Umwelt extrem zerstört wird.

[...]

Ist die polnische Landwirtschaft auf die Klimaveränderungen vorbereitet?

Ich denke, nein. [...] Wir fangen erst an, uns darüber Sorgen zu machen und darüber zu diskutieren. Polen hat jetzt ein Programm zur Anpassung an den Klimawandel, aber es ist nur für die großen Städte detaillierter ausgearbeitet, während uns ein strategischer Anpassungsplan für die Landwirtschaft und die ländlichen Gebiete fehlt. Es fehlt auch ein strategischer Plan, wie die Landwirtschaft zu unterstützen und zu beeinflussen sei, damit sie ihre Emissionen reduziert und sich am Klimaschutz beteiligt.

Was die rechtliche Seite betrifft – die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ist notwendig, denn bisher wurden die Probleme von der EU nur wenig wahrgenommen und nicht wirksam gelöst. Gleichzeitig wächst das ökologische Bewusstsein der Bauern: Sie wissen, dass sie schon heute die Opfer der Folgen des Klimawandels sind und aus diesem Grund bereits leiden und dass ihre Einnahmen sinken.

Sollte das dann nicht von Polen prioritär behandelt werden?

Ja, das sollte ab jetzt Priorität haben. Manchmal wird davon gesprochen, dass eine Versicherung gegen Dürre eingeführt werden sollte, allerdings wird dies wohl kein Versicherungsunternehmen anbieten, denn die Wahrscheinlichkeit, dass eine Dürre eintreten wird, liegt zurzeit bei 75 bis 90 Prozent. Die Landwirte müssen fordern, dass andere Lösungen gesucht werden.

Es wird viel darüber gesprochen, dass in Polen viele Dinge gemacht werden, die Trockenheit begünstigen. Ist das wirklich so?

Das stimmt, nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine sehr intensive Bodenverbesserung betrieben. Nach dem Krieg war das Land ausgehungert, es musste ein größtmögliches Areal für die Produktion gewonnen werden, daher wurde trockengelegt, wo es nur ging. Leider wurde das in den vielen folgenden Jahrzehnten fortgesetzt. Eine Folge ist, dass sich der Wasserzufluss in die Ostsee stark beschleunigt hat. Das Niederschlagswasser geht sehr schnell in die Meliorationsgräben ein, mit diesen Gräben wird es den Flüssen zugeführt und fließt sehr schnell ins Meer.

Heute ist die Hauptherausforderung angesichts des Klimawandels, die Zeit zu verlängern, in der das Wasser im natürlichen Kreislauf gespeichert ist. Die Wichtigste ist jetzt, die natürlichen Feuchtgebiete, die trockengelegt wurden, wiederherzustellen, die Torfmoore zu erhalten und zu bewässern, denn das sind die größten Wasserspeicher, weil sie das Wasser über eine sehr lange Zeit halten. Wir müssen jetzt das Wasser auf den landwirtschaftlichen Flächen so lange wie möglich halten, um den Zeitpunkt seines Abflusses in die Ostsee hinauszuzögern. Denn wenn es dort hingelangt, verlieren wir es unumkehrbar für die Landwirtschaft und die Wirtschaft.

Aber wird denn der einzelne Landwirt nicht meinen, dass es sich für ihn nicht auszahlt, Feuchtwiesen zu schützen oder dem Wasser zu erlauben, auf seinem Feld in den Boden zu versickern?

Die Landwirte tragen zurzeit die größten Schäden gerade infolge von Dürre. Das Wasser im Boden zu halten, das Wasserniveau in den Meliorationsgräben zu heben, Anbaupraktiken einzuführen, die mehr Wasser im Nährboden halten, das sind Methoden, die auf landwirtschaftlichen Nutzflächen angewendet werden können und den Landwirten Nut-

zen bringen werden. Das wird die Widerstandsfähigkeit der Agrosysteme gegen die Folgen der Trockenheit stärken – und das ist momentan die wichtigste Herausforderung, denn Wasser gibt es zurzeit sehr wenig.

Es kann auch sein, dass der Bauer einen Teil des Feldes oder der Wiese ausgliedern muss, um einen Teich, ein Becken, ein Torfmoor oder ein Feuchtgebiet anzulegen. Der Ansatz wäre, dass er eine Entschädigung dafür bekäme, dass er diesen Teil des Feldes nicht bestellen kann. Es gibt in der Europäischen Union im Rahmen der Landwirtschafts-, Umwelt-, Wasserzahlungen ein solches Instrument – man kann dafür dem Landwirt etwas zahlen. Es geht allerdings darum, dass diese Zahlungen dem Eigentümer nicht nur den Einkommensverlust ausgleichen, sondern dass sie auch einen Anreiz geben – auch einen finanziellen –, dass er das macht. Denn dank einer solchen Maßnahme leistet er einen Dienst am Ökosystem, er vergrößert die Widerstandskraft Polens gegenüber der Trockenheit.

[...]

Inwieweit wird die von der EU geplante Transformation der Landwirtschaft die Bauern unterstützen?

Ich erwarte nicht, dass im Rahmen dieser Reform bereits in den nächsten Jahren irgendwelche radikalen Tätigkeiten einsetzen werden, es ist aber eine Richtung, die unterstützt werden sollte. Auch wenn ein Teil der ökologischen Bewegungen und ein Teil der Wissenschaftler, der sich mit der Landwirtschaft befasst, sagen, dass die Landwirtschaftspolitik der Europäischen Union eine Revolution erfordert und nicht eine Evolution, fürchte ich, dass wir dafür politisch nicht bereit sind. Die Veränderungen werden sicherlich nicht so radikal sein, sie werden diese Richtung unterstützen, aber sie werden nicht bewirken, dass sich die Landwirtschaft in fünf Jahren komplett verändert haben wird.

Aber ist es nicht notwendig, die Landwirtschaft mit aller Kraft auf neue Gleise zu setzen?

Wir haben eine Lobby großer landwirtschaftlicher Produzenten, die jedwede Veränderungen massiv blockieren werden. Deshalb wird es schwierig werden, sie zu vollführen. Auch politisch ist das ein recht sensibler Sektor – daher denke ich, dass es eher eine langsame Evolution werden wird als eine radikale Veränderung.

Ist das aus der Perspektive der Klimaneutralität nicht zu langsam?

Ich fürchte, ja. Bedenken Sie, dass man die Landwirtschaft global betrachten muss. Diese Prozesse betreffen auch Landwirte, die in heißen oder tropischen Bereichen leben. Dort kann der Temperaturanstieg so stark werden, dass dort nichts mehr angebaut werden kann. Das kann die Zahl der Konflikte um Wasser, Ressourcen und Lebensmittel vergrößern. [...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: To rolnikom powinno najbardziej zależeć na ochronie klimatu, bo najmocniej odczują zmiany – wywiad z dr Zbigniewem Karaczunem Barbara Rogala. <http://300gospodarka.pl/300klimat/2020/02/14/to-rolnicy-najmocniej-ze-wszystkich-odczuja-skutki-zmian-klimatu-wywiad-z-dr-zbigniewem-karaczunem/> (abgerufen am 27.04.2020)

Erlaubnis für Übersetzung und Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Portals 300Gospodarka.pl.

Dr. habil. Zbigniew Karaczun ist Professor am Lehrstuhl für Umweltschutz an der Warsaw University of Life Sciences – SGGW (Szkoła Główna Gospodarstwa Wiejskiego w Warszawie). Seine Forschungsschwerpunkte sind Umweltschutzmanagement, die Politik der Nachhaltigkeit, die Europäisierung der ökologischen Politik Polens, die Einwirkungen der Industrie auf die Umwelt, insbesondere auf die Agrosysteme.

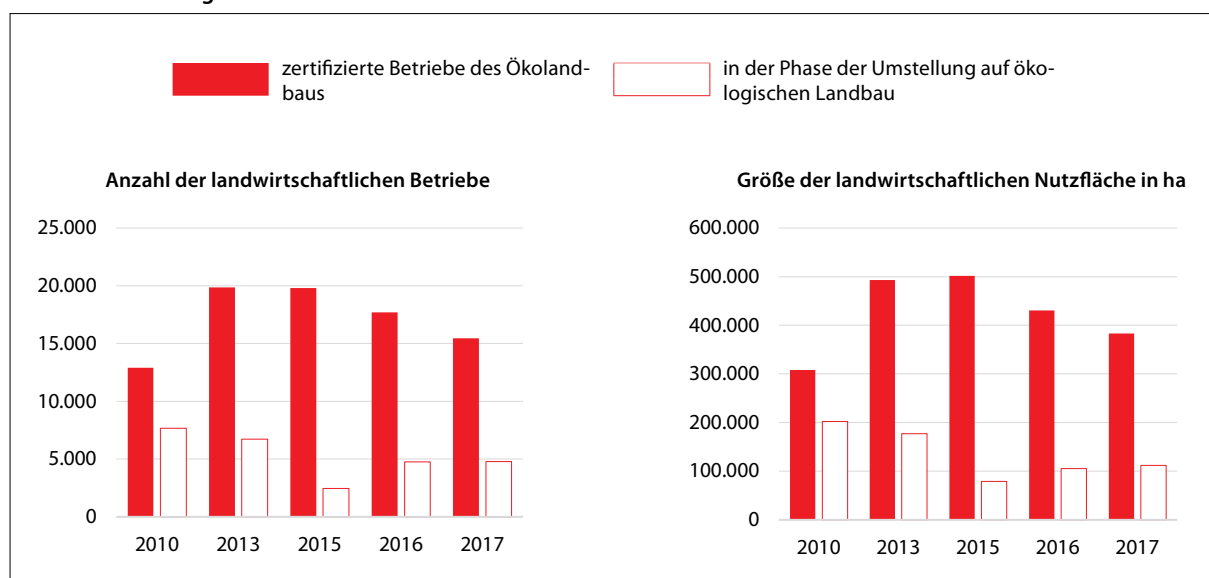
Daten zur Landwirtschaft in Polen

Tabelle 1: Landwirtschaftliche Betriebe in Polen nach Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche

| | insgesamt | bis zu 1 ha | 1,01–1,99 ha | 2–4,99 ha | 5–9,99 ha | 10–14,99 ha | 15–19,99 ha | 20–49,99 ha | 50 ha und größer |
|------|-----------|-------------|--------------|-----------|-----------|-------------|-------------|-------------|------------------|
| 2010 | 100 | 1,6 | 19,9 | 32,6 | 22,9 | 10,0 | 4,8 | 6,4 | 1,8 |
| 2013 | 100 | 2,4 | 19,4 | 31,9 | 22,1 | 9,9 | 4,9 | 7,2 | 2,2 |
| 2016 | 100 | 1,6 | 19,2 | 33,1 | 22,0 | 9,7 | 4,7 | 7,2 | 2,5 |
| 2017 | 100 | 1,5 | 18,7 | 32,0 | 22,5 | 10,1 | 5,0 | 7,7 | 2,5 |

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]; Rocznik Statystyczny Rolnictwa 2018 [Statistisches Jahrbuch der Landwirtschaft 2018]. Warszawa 2018. www.stat.gov.pl

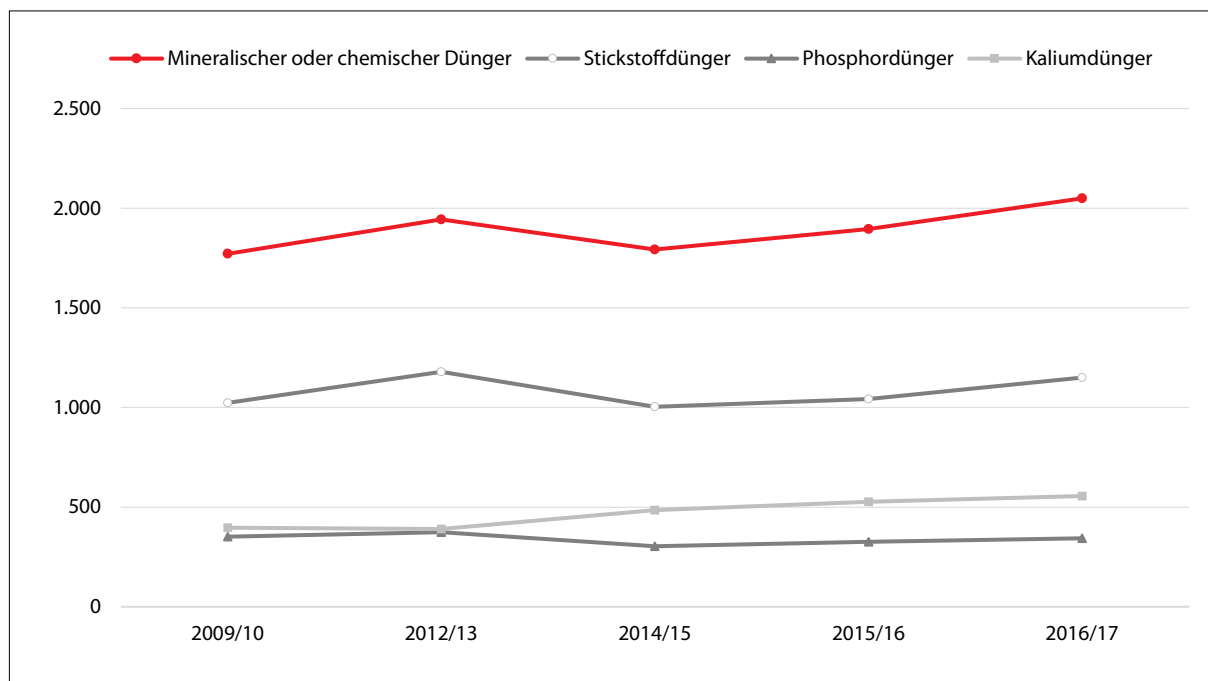
Grafik 1: Ökologischer Landbau in Polen



| Jahr | zertifizierte Betriebe des Ökolandbaus | | in der Phase der Umstellung auf ökologischen Landbau | |
|------|--|---|--|---|
| | landwirtschaftliche Betriebe | Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ha | landwirtschaftliche Betriebe | Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche in ha |
| 2010 | 12.901 | 308.095 | 7.681 | 201.974 |
| 2013 | 19.872 | 492.972 | 6.726 | 176.998 |
| 2015 | 19.813 | 501.925 | 2.464 | 78.805 |
| 2016 | 17.688 | 430.896 | 4.747 | 105.683 |
| 2017 | 15.470 | 383.245 | 4.787 | 111.733 |

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]; Rocznik Statystyczny Rolnictwa 2018 [Statistisches Jahrbuch der Landwirtschaft 2018]. Warszawa 2018. www.stat.gov.pl

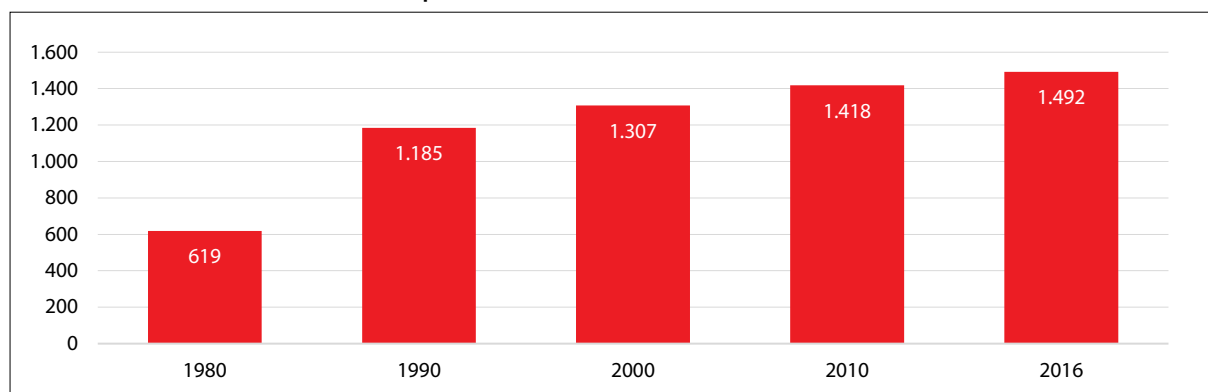
Grafik 2: Verbrauch von mineralischen und chemischen Düngemitteln (umgerechnet nach Bestandteil, in Tausend Tonnen)



| | 2009/10 | 2012/13 | 2014/15 | 2015/16 | 2016/17 |
|--------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Mineralischer oder chemischer Dünger | 1.771,3 | 1.943,4 | 1.792,2 | 1.895,4 | 2.049,8 |
| Stickstoffdünger | 1.023,7 | 1.179,1 | 1.003,6 | 1.043,0 | 1.150,6 |
| Phosphordünger | 351,7 | 374,1 | 303,6 | 325,9 | 343,4 |
| Kaliumdünger | 395,9 | 390,2 | 485,0 | 526,5 | 555,8 |

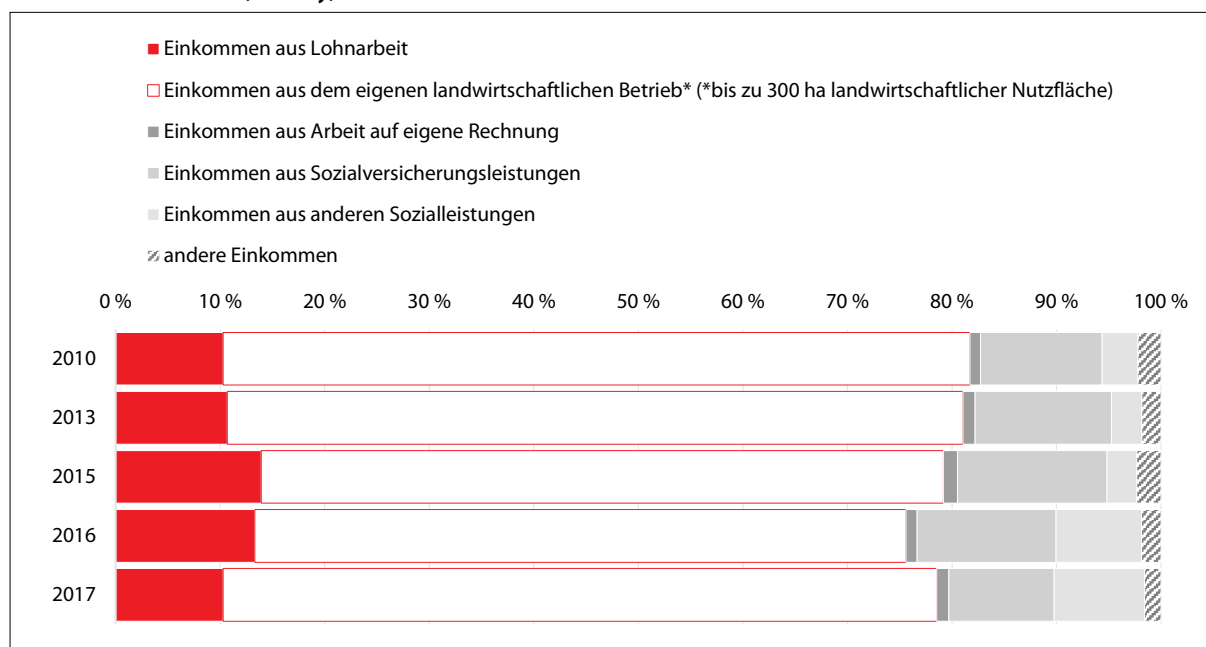
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rolnictwa 2018 [Statistisches Jahrbuch der Landwirtschaft 2018]. Warszawa 2018. www.stat.gov.pl

Grafik 3: Anzahl der Traktoren in der polnischen Landwirtschaft (in Tausend)



Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rolnictwa 2018 [Statistisches Jahrbuch der Landwirtschaft 2018]. Warszawa 2018. www.stat.gov.pl

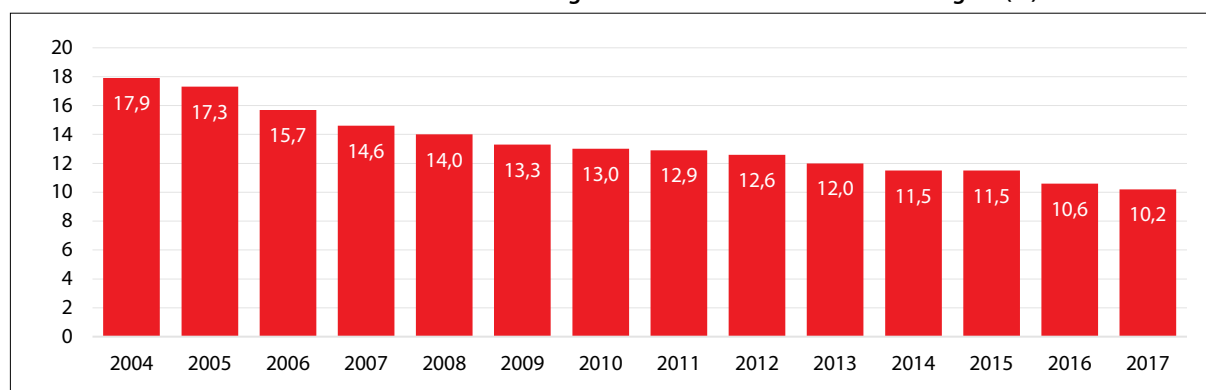
Grafik 4: Durchschnittliches verfügbares Monatseinkommen pro Person im Haushalt eines landwirtschaftlichen Betriebes (in Zloty)



| darin: | | 2010 | 2013 | 2015 | 2016 | 2017 |
|-----------|--|----------|----------|----------|----------|----------|
| | Einkommen aus Lohnarbeit | 104,45 | 123,27 | 145,27 | 152,85 | 162,06 |
| | Einkommen aus dem eigenen landwirtschaftlichen Betrieb* (*bis zu 300 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) | 726,28 | 812,89 | 681,28 | 715,82 | 1.075,03 |
| | Einkommen aus Arbeit auf eigene Rechnung | 10,23 | 13,52 | 14,30 | 12,60 | 18,11 |
| | Einkommen aus Sozialversicherungsleistungen | 118,25 | 150,78 | 149,11 | 152,59 | 158,67 |
| | Einkommen aus anderen Sozialleistungen | 35,04 | 33,65 | 29,77 | 93,94 | 135,98 |
| | andere Einkommen | 22,32 | 21,05 | 24,25 | 21,42 | 25,02 |
| insgesamt | | 1.016,57 | 1.155,16 | 1.043,98 | 1.149,22 | 1.574,87 |

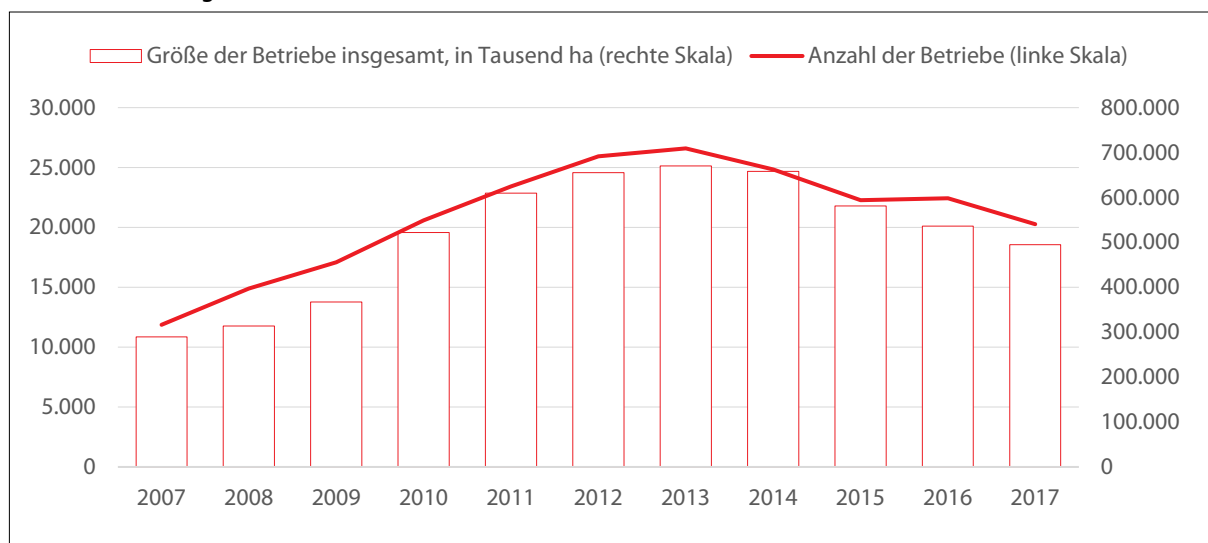
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rolnictwa 2018 [Statistisches Jahrbuch der Landwirtschaft 2018]. Warszawa 2018. www.stat.gov.pl

Grafik 5: Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtheit der Beschäftigten (%)



Quelle: Heinrich Böll Stiftung, Instytut na Rzecz Ekorozwoju [Institut für Ökoentwicklung]: Atlas rolny. Dokąd zmierza europejska wspólna polityka rolna [Landwirtschaftlicher Atlas. Wohin geht die europäische Gemeinsame Agrarpolitik]. Warszawa 2019. <https://pl.boell.org/pl/2019/06/07/atlas-rolny-dokad-zmierza-europejska-polityka-rolna> (abgerufen am 27.04.2020).

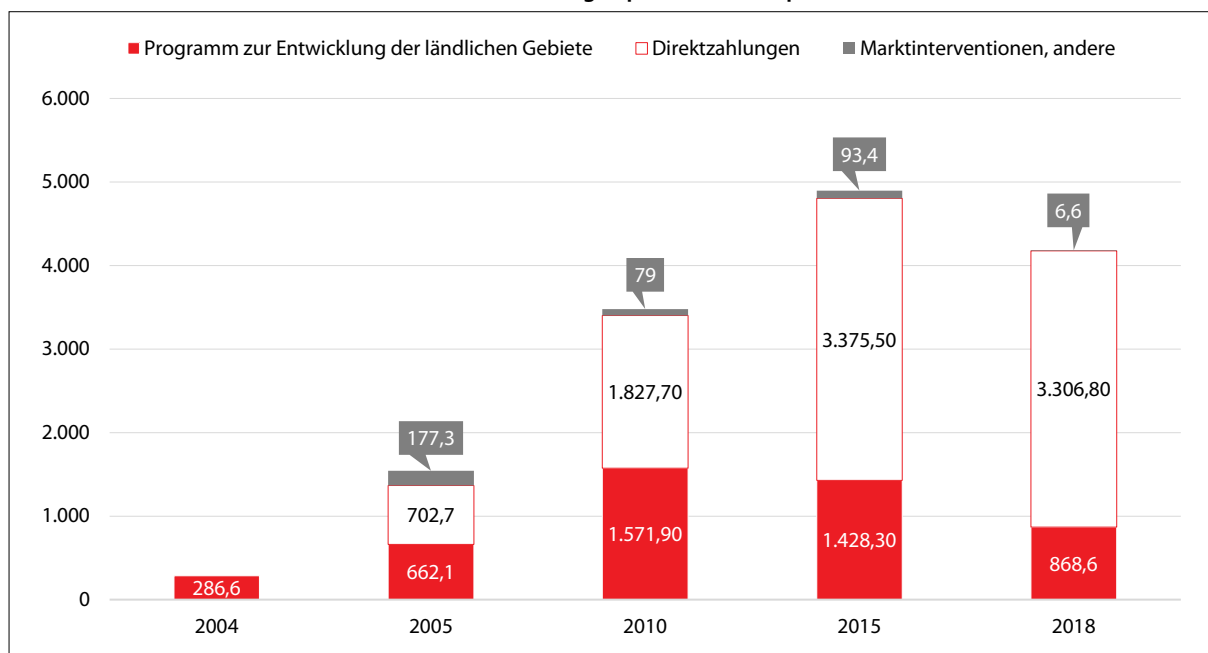
Grafik 6: Ökologische Landwirtschaft in Polen



| Jahr | Anzahl der Betriebe | Größe der Betriebe insgesamt, in Tausend ha | Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Polen (%) | Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Europäischen Union (%) |
|------|---------------------|---|--|---|
| 2007 | 11.870 | 289.400 | 1,8 | 4,0 |
| 2008 | 14.896 | 314.000 | 2,0 | 4,3 |
| 2009 | 17.092 | 367.100 | 2,3 | 4,7 |
| 2010 | 20.578 | 522.000 | 3,3 | 5,1 |
| 2011 | 23.427 | 609.500 | 4,1 | 5,4 |
| 2012 | 25.944 | 655.500 | 4,5 | 5,6 |
| 2013 | 26.598 | 670.000 | 4,7 | 5,7 |
| 2014 | 24.829 | 658.000 | 4,6 | 5,8 |
| 2015 | 22.277 | 581.000 | 4,0 | 6,2 |
| 2016 | 22.435 | 536.000 | 3,7 | 6,7 |
| 2017 | 20.257 | 495.000 | 3,4 | 7,0 |

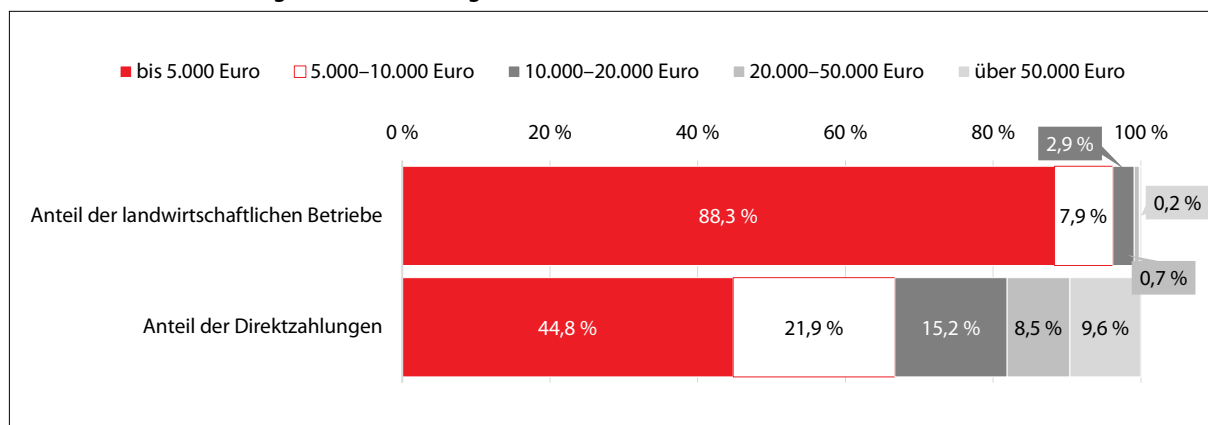
Quelle: Heinrich Böll Stiftung, Instytut na Rzecz Ekorozwoju [Institut für Ökoentwicklung]: Atlas rolny. Dokąd zmierza europejska wspólna polityka rolna [Landwirtschaftlicher Atlas. Wohin geht die europäische Gemeinsame Agrarpolitik]. Warszawa 2019. <https://pl.boell.org/pl/2019/06/07/atlas-rolny-dokad-zmierza-europejska-polityka-rolna> (abgerufen am 27.04.2020).

Grafik 7: Transfer der Mittel aus der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach Polen (in Mio. Euro)



Quelle: Heinrich Böll Stiftung, Instytut na Rzecz Ekorozwoju [Institut für Ökoentwicklung]: Atlas rolny. Dokąd zmierza europejska wspólna polityka rolna [Landwirtschaftlicher Atlas. Wohin geht die europäische Gemeinsame Agrarpolitik]. Warszawa 2019. <https://pl.boell.org/pl/2019/06/07/atlas-rolny-dokad-zmierza-europejska-polityka-rolna> (abgerufen am 27.04.2020).

Grafik 8: Die Verteilung der Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe, 2017

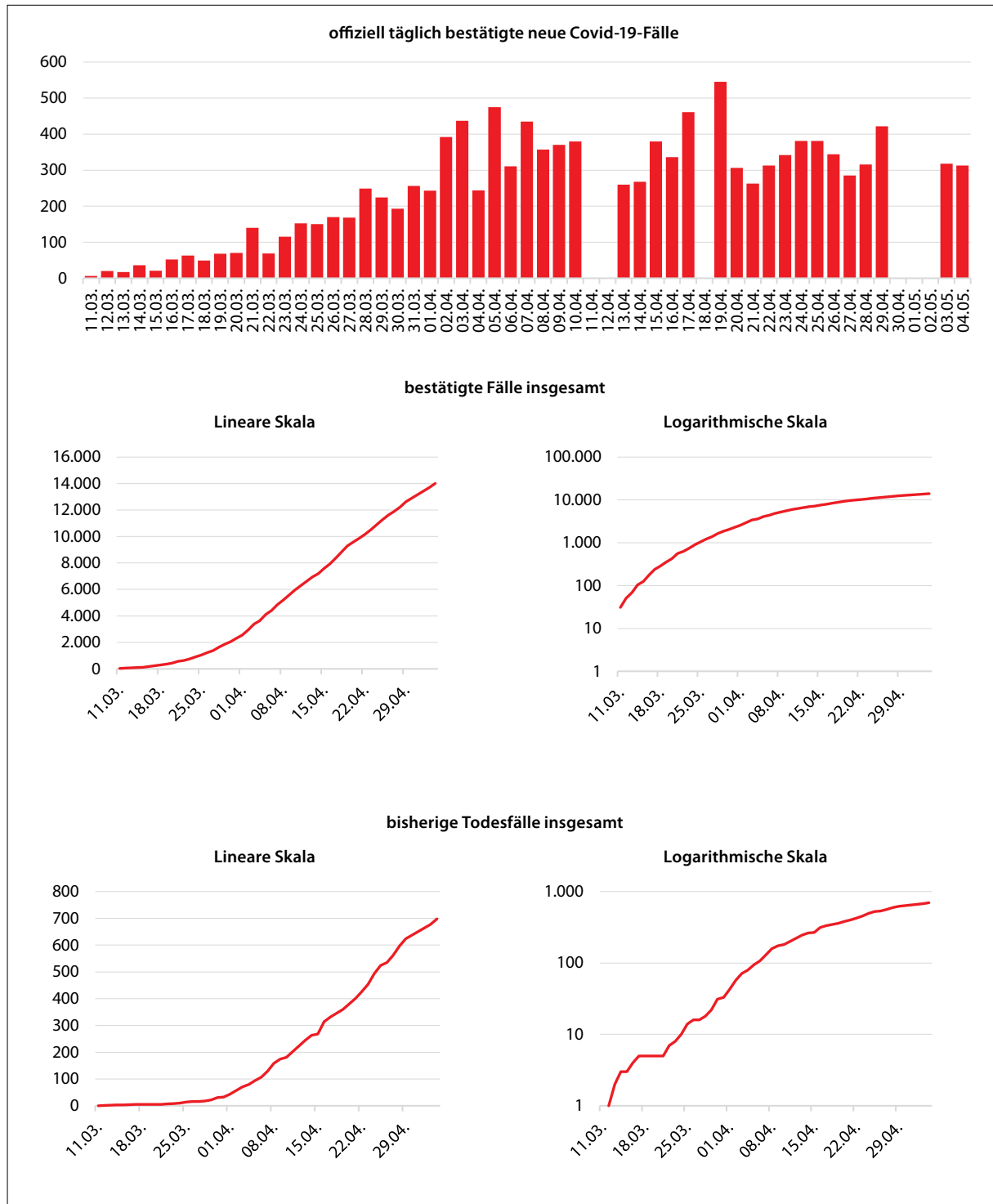


Quelle: Heinrich Böll Stiftung, Instytut na Rzecz Ekorozwoju [Institut für Ökoentwicklung]: Atlas rolny. Dokąd zmierza europejska wspólna polityka rolna [Landwirtschaftlicher Atlas. Wohin geht die europäische Gemeinsame Agrarpolitik]. Warszawa 2019. <https://pl.boell.org/pl/2019/06/07/atlas-rolny-dokad-zmierza-europejska-polityka-rolna> (abgerufen am 27.04.2020).

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die offiziellen Daten der polnischen Regierung zur Covid-19-Epidemie in Polen (11. März* – 4. Mai 2020)



*Beginn der Veröffentlichung der Fallzahlen in u. g. Quelle
 Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Präses des Ministerrates]; Biuletyn Informacyjny Centrum Analiz Strategicznych [Informationsbulletin des Zentrums für Strategische Analysen]; Stan epidemiologiczny w Polsce [Der epidemiologische Stand in Polen]. <https://www.gov.pl/web/premier/komunikaty-cir>

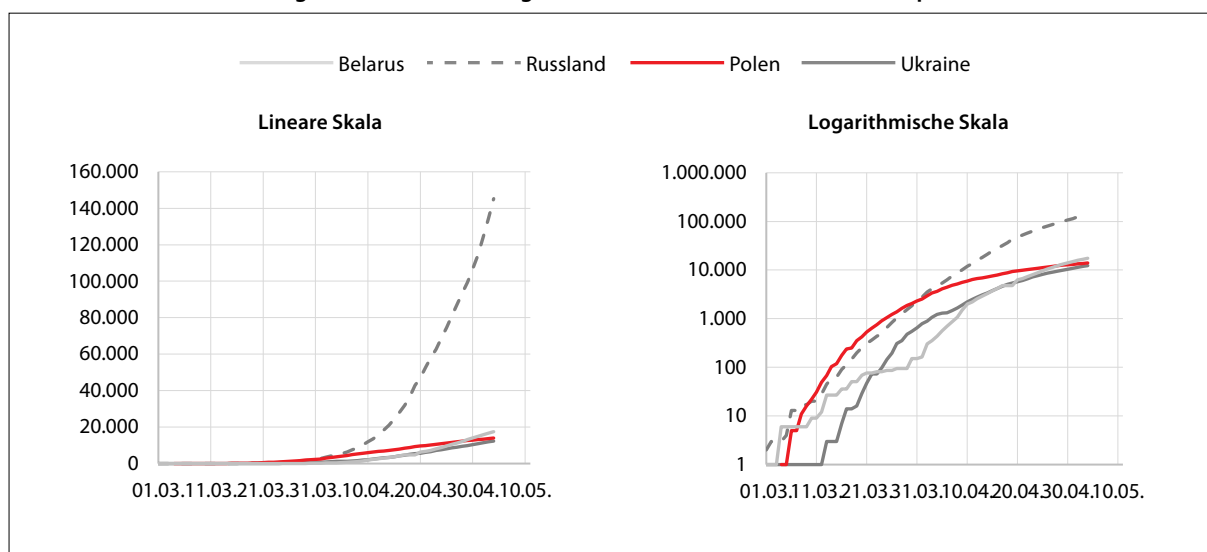
Tabelle 1: Die offiziellen Daten der polnischen Regierung zur Covid-19-Epidemie in Polen (11. März* – 4. Mai 2020)

| Datum | offiziell täglich bestätigte neue Covid-19-Fälle/ bestätigte Fälle insgesamt | bisherige Todesfälle insgesamt |
|---------------------------|---|--------------------------------|
| 11.03.2020* | 6/31 | / |
| 12.03.2020 | 20/51 | 1 |
| 13.03.2020 | 17/68 | 2 |
| 14.03.2020 | 36/104 | 3 |
| 15.03.2020 | 21/125 | 3 |
| 16.03.2020 | 52/177 | 4 |
| 17.03.2020 | 63/238 | 5 |
| 18.03.2020 | 49/287 | 5 |
| 19.03.2020 | 68/355 | 5 |
| 20.03.2020 | 70/425 | 5 |
| 21.03.2020 | 140/565 | 5 |
| 22.03.2020 | 69/634 | 7 |
| 23.03.2020 | 115/749 | 8 |
| 24.03.2020 | 152/901 | 10 |
| 25.03.2020 | 150/1.051 | 14 |
| 26.03.2020 | 170/1.221 | 16 |
| 27.03.2020 | 168/1.389 | 16 |
| 28.03.2020 | 249/1.638 | 18 |
| 29.03.2020 | 224/1.862 | 22 |
| 30.03.2020 | 193/2.055 | 31 |
| 31.03.2020 | 256/2.311 | 33 |
| 01.04.2020 | 243/2.554 | 43 |
| 02.04.2020 | 392/2.946 | 57 |
| 03.04.2020 | 437/3.383 | 71 |
| 04.04.2020 | 244/3.627 | 79 |
| 05.04.2020 | 475/4.102 | 94 |
| 06.04.2020 | 311/4.413 | 107 |
| 07.04.2020 | 435/4.848 | 129 |
| 08.04.2020 | 357/5.205 | 159 |
| 09.04.2020 | 370/5.575 | 174 |
| 10.04.2020 | 380/5.955 | 181 |
| 11.04.2020 (Karsamstag) | keine Information | keine Information |
| 12.04.2020 (Ostersonntag) | keine Information | keine Information |
| 13.04.2020 | 260/6.934 | 245 |
| 14.04.2020 | 268/7.202 | 263 |
| 15.04.2020 | 380/7.582 | 268 |
| 16.04.2020 | 336/7.918 | 314 |
| 17.04.2020 | 461/8.379 | 332 |
| 18.04.2020 | keine Information | keine Information |
| 19.04.2020 | 545/9.287 | 360 |
| 20.04.2020 | 306/9.593 | 380 |
| 21.04.2020 | 263/9.856 | 401 |
| 22.04.2020 | 313/10.169 | 426 |
| 23.04.2020 | 342/10.511 | 454 |
| 24.04.2020 | 381/10.892 | 494 |
| 25.04.2020 | 381/11.273 | 524 |
| 26.04.2020 | 344/11.617 | 535 |
| 27.04.2020 | 285/11.902 | 562 |
| 28.04.2020 | 316/12.218 | 596 |
| 29.04.2020 | 422/12.640 | 624 |
| 30.04.2020 | keine Information | keine Information |
| 01.05.2020 | keine Information | keine Information |
| 02.05.2020 | keine Information | keine Information |
| 03.05.2020 | 318/13.693 | 678 |
| 04.05.2020 | 313/14.006 | 698 |

*Beginn der Veröffentlichung der Fallzahlen in u. g. Quelle

Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Präses des Ministerrates]: Biuletyn Informacyjny Centrum Analiz Strategicznych [Informationsbulletin des Zentrums für Strategische Analysen]; Stan epidemiologiczny w Polsce [Der epidemiologische Stand in Polen]. <https://www.gov.pl/web/premier/komunikaty-cir>

Grafik 2: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. März –4. Mai 2020, Johns-Hopkins-Universität)

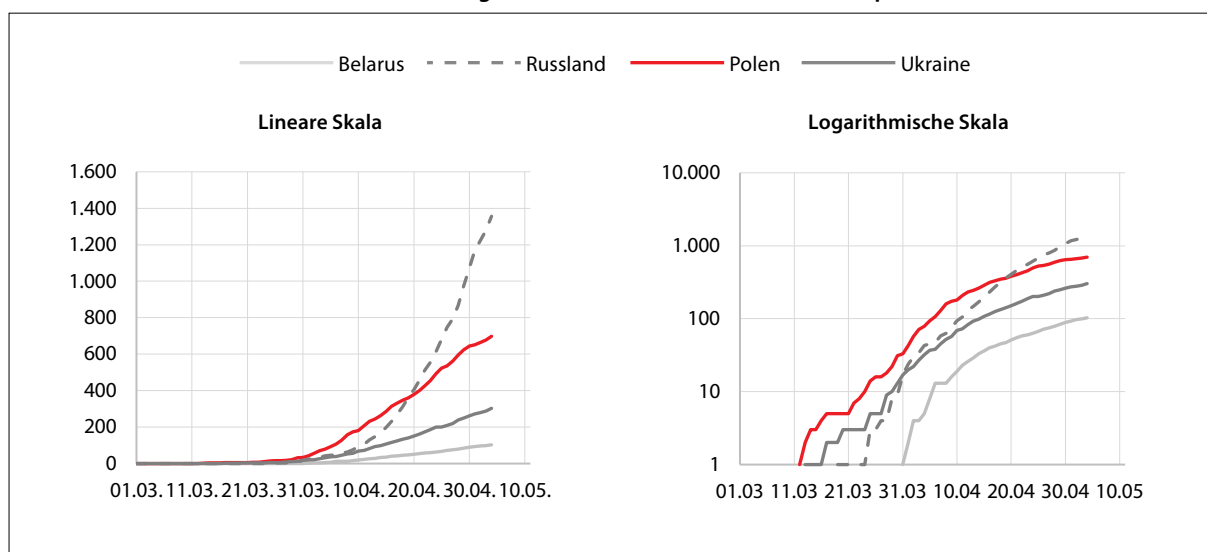


| Datum | Belarus | Polen | Russland | Ukraine |
|--------|---------|-------|----------|---------|
| 01.03. | 1 | | 2 | 1 |
| 02.03. | 1 | | 3 | 1 |
| 03.03. | 1 | | 3 | 1 |
| 04.03. | 6 | 1 | 3 | 1 |
| 05.03. | 6 | 1 | 4 | 1 |
| 06.03. | 6 | 5 | 13 | 1 |
| 07.03. | 6 | 5 | 13 | 1 |
| 08.03. | 6 | 11 | 17 | 1 |
| 09.03. | 6 | 16 | 17 | 1 |
| 10.03. | 9 | 22 | 20 | 1 |
| 11.03. | 9 | 31 | 20 | 1 |
| 12.03. | 12 | 49 | 28 | 1 |
| 13.03. | 27 | 68 | 45 | 3 |
| 14.03. | 27 | 103 | 59 | 3 |
| 15.03. | 27 | 119 | 63 | 3 |
| 16.03. | 36 | 177 | 90 | 7 |
| 17.03. | 36 | 238 | 114 | 14 |
| 18.03. | 51 | 251 | 147 | 14 |
| 19.03. | 51 | 355 | 199 | 16 |
| 20.03. | 69 | 425 | 253 | 29 |
| 21.03. | 76 | 536 | 306 | 47 |
| 22.03. | 76 | 634 | 367 | 73 |
| 23.03. | 81 | 749 | 438 | 73 |
| 24.03. | 81 | 901 | 495 | 97 |
| 25.03. | 86 | 1.051 | 658 | 145 |
| 26.03. | 86 | 1.221 | 840 | 196 |
| 27.03. | 94 | 1.389 | 1.036 | 310 |
| 28.03. | 94 | 1.638 | 1.264 | 356 |
| 29.03. | 94 | 1.862 | 1.534 | 475 |
| 30.03. | 152 | 2.055 | 1.836 | 548 |
| 31.03. | 152 | 2.311 | 2.337 | 645 |
| 01.04. | 163 | 2.554 | 2.777 | 794 |
| 02.04. | 304 | 2.946 | 3.548 | 897 |

| Datum | Belarus | Polen | Russland | Ukraine |
|--------|---------|--------|----------|---------|
| 03.04. | 351 | 3.383 | 4.149 | 1.072 |
| 04.04. | 440 | 3.627 | 4.731 | 1.225 |
| 05.04. | 562 | 4.102 | 5.389 | 1.308 |
| 06.04. | 700 | 4.413 | 6.343 | 1.319 |
| 07.04. | 861 | 4.848 | 7.497 | 1.462 |
| 08.04. | 1.066 | 5.205 | 8.672 | 1.668 |
| 09.04. | 1.486 | 5.575 | 10.131 | 1.892 |
| 10.04. | 1.981 | 5.955 | 11.917 | 2.203 |
| 11.04. | 2.226 | 6.356 | 13.584 | 2.511 |
| 12.04. | 2.578 | 6.674 | 15.770 | 2.777 |
| 13.04. | 2.919 | 6.934 | 18.328 | 3.102 |
| 14.04. | 3.281 | 7.202 | 21.102 | 3.372 |
| 15.04. | 3.728 | 7.582 | 24.490 | 3.764 |
| 16.04. | 4.204 | 7.771 | 27.938 | 4.161 |
| 17.04. | 4.779 | 8.379 | 32.008 | 4.662 |
| 18.04. | 4.779 | 8.742 | 36.793 | 5.106 |
| 19.04. | 4.779 | 9.287 | 42.853 | 5.449 |
| 20.04. | 6.264 | 9.593 | 47.121 | 5.710 |
| 21.04. | 6.723 | 9.856 | 52.763 | 6.125 |
| 22.04. | 7.281 | 10.169 | 57.999 | 6.592 |
| 23.04. | 8.022 | 10.511 | 62.773 | 7.170 |
| 24.04. | 8.773 | 10.892 | 68.622 | 7.647 |
| 25.04. | 9.590 | 11.273 | 74.588 | 8.125 |
| 26.04. | 10.463 | 11.617 | 80.949 | 8.617 |
| 27.04. | 11.289 | 11.902 | 87.147 | 9.009 |
| 28.04. | 12.208 | 12.218 | 93.558 | 9.410 |
| 29.04. | 13.181 | 12.640 | 99.399 | 9.866 |
| 30.04. | 14.027 | 12.877 | 106.498 | 10.406 |
| 01.05. | 14.917 | 13.105 | 114.431 | 10.861 |
| 02.05. | 15.828 | 13.375 | 124.054 | 11.411 |
| 03.05. | 16.705 | 13.693 | 134.687 | 11.913 |
| 04.05. | 17.489 | 14.006 | 145.268 | 12.331 |

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.05.2020, 00:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 3: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (1. März –4. Mai 2020, Johns-Hopkins-Universität)



| Datum | Belarus | Polen | Russland | Ukraine |
|--------|---------|-------|----------|---------|
| 01.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 02.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 03.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 04.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 05.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 06.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 07.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 08.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 09.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 10.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 11.03. | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12.03. | 0 | 1 | 0 | 0 |
| 13.03. | 0 | 2 | 0 | 1 |
| 14.03. | 0 | 3 | 0 | 1 |
| 15.03. | 0 | 3 | 0 | 1 |
| 16.03. | 0 | 4 | 0 | 1 |
| 17.03. | 0 | 5 | 0 | 2 |
| 18.03. | 0 | 5 | 0 | 2 |
| 19.03. | 0 | 5 | 1 | 2 |
| 20.03. | 0 | 5 | 1 | 3 |
| 21.03. | 0 | 5 | 1 | 3 |
| 22.03. | 0 | 7 | 1 | 3 |
| 23.03. | 0 | 8 | 1 | 3 |
| 24.03. | 0 | 10 | 1 | 3 |
| 25.03. | 0 | 14 | 3 | 5 |
| 26.03. | 0 | 16 | 3 | 5 |
| 27.03. | 0 | 16 | 4 | 5 |
| 28.03. | 0 | 18 | 4 | 9 |
| 29.03. | 0 | 22 | 8 | 10 |
| 30.03. | 0 | 31 | 9 | 13 |
| 31.03. | 1 | 33 | 17 | 17 |
| 01.04. | 2 | 43 | 24 | 20 |
| 02.04. | 4 | 57 | 30 | 22 |

| Datum | Belarus | Polen | Russland | Ukraine |
|--------|---------|-------|----------|---------|
| 03.04. | 4 | 71 | 34 | 27 |
| 04.04. | 5 | 79 | 43 | 32 |
| 05.04. | 8 | 94 | 45 | 37 |
| 06.04. | 13 | 107 | 47 | 38 |
| 07.04. | 13 | 129 | 58 | 45 |
| 08.04. | 13 | 159 | 63 | 52 |
| 09.04. | 16 | 174 | 76 | 57 |
| 10.04. | 19 | 181 | 94 | 69 |
| 11.04. | 23 | 208 | 106 | 73 |
| 12.04. | 26 | 232 | 130 | 83 |
| 13.04. | 29 | 245 | 148 | 93 |
| 14.04. | 33 | 263 | 170 | 98 |
| 15.04. | 36 | 286 | 198 | 108 |
| 16.04. | 40 | 314 | 232 | 116 |
| 17.04. | 42 | 332 | 273 | 125 |
| 18.04. | 45 | 347 | 313 | 133 |
| 19.04. | 47 | 360 | 361 | 141 |
| 20.04. | 51 | 380 | 405 | 151 |
| 21.04. | 55 | 401 | 456 | 161 |
| 22.04. | 58 | 426 | 513 | 174 |
| 23.04. | 60 | 454 | 555 | 187 |
| 24.04. | 63 | 494 | 615 | 201 |
| 25.04. | 67 | 524 | 681 | 201 |
| 26.04. | 72 | 535 | 747 | 209 |
| 27.04. | 75 | 562 | 794 | 220 |
| 28.04. | 79 | 596 | 867 | 239 |
| 29.04. | 84 | 624 | 972 | 250 |
| 30.04. | 89 | 644 | 1.073 | 261 |
| 01.05. | 93 | 651 | 1.169 | 272 |
| 02.05. | 97 | 664 | 1.222 | 279 |
| 03.05. | 99 | 678 | 1.280 | 288 |
| 04.05. | 103 | 698 | 1.356 | 303 |

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 05.05.2020, 00:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Covid-19-Chronik, 21. April – 4. Mai 2020

| Datum | Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle* | Ereignis |
|------------|---|---|
| 21.04.2020 | 9.856/401 | Włodzimierz Czarzasty, Parteivorsitzender der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), lehnt den Vorschlag zur Verlängerung der Amtszeit von Präsident Andrzej Duda ab, den der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Borys Budka, am Vortag gemacht hat. Budka wollte damit die Verschiebung der Wahlen von Mai 2020 auf Mai 2021 ermöglichen, damit die Abstimmung nicht in der aktuell herrschenden Corona-Epidemie durchgeführt wird. Czarzasty sagt, er habe kein Vertrauen zu Duda, da dieser die Gesetzgebung der vergangenen Jahre mitgetragen hat. Dagegen hätten die Oppositionsparteien und die Bürger zu Recht wiederholt protestiert. |
| 22.04.2020 | 10.169/426 | In seiner Stellungnahme für den Senat spricht sich der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar gegen die Durchführung der Präsidentenwahlen im Mai aus. Er kritisiert mehrere organisatorische Aspekte der Änderung der Wahlordnung (die der Sejm am 6. April beschlossen hat, um die Wahlen trotz der herrschenden Corona-Epidemie durchzuführen), beispielsweise für Menschen mit Behinderungen, für Polen, die sich im Ausland aufhalten, und für Personen, die nicht am angemeldeten Wohnsitz leben. Der Senat berät aktuell das Gesetz zur Änderung der Wahlordnung, das für die Präsidentenwahlen die Briefwahl vorschreibt. |
| 23.04.2020 | 10.511/454 | Dietmar Woidke, Ministerpräsident von Brandenburg und Regierungsbeauftragter für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, spricht sich in einem Brief an Bartosz Grodecki, Koordinator der polnisch-deutschen grenznahen und regionalen Zusammenarbeit und Unterstaatssekretär im Innenministerium, dafür aus, die deutsch-polnische Grenze für Berufspendler zu öffnen. Dies betrifft ca. 25.000 Personen. Polen hat mit dem Ziel, Infektionsketten der Corona-Pandemie zu unterbrechen, eine zweiwöchige Quarantäne für Einreisende verhängt. Woidke spricht sich für eine enge Koordination der Angelegenheiten, die die Grenzregion betreffen, aus. |
| 24.04.2020 | 10.892/494 | Nach Angaben der Tageszeitung »Ż Dziennik Gazeta Prawna« protestieren auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze Einwohner gegen die von der polnischen Regierung verhängte zweiwöchige Quarantäne für Einreisende nach Polen. Damit soll auf die besondere Situation der Berufspendler sowie der Menschen mit Angehörigen im Nachbarland aufmerksam gemacht werden. |
| 25.04.2020 | 11.273/524 | |
| 26.04.2020 | 11.617/535 | Die Regierung verlängert die zweiwöchige Quarantänepflicht für Polen, die aus dem Ausland nach Polen einreisen. Auf diese Weise sollen Infektionsketten der Corona-Pandemie unterbrochen werden. |
| 27.04.2020 | 11.902/562 | Das Oberste Gericht (Sąd Najwyższy – SN) leitet seine Stellungnahme zur Änderung des Wahlgesetzes für die Präsidentenwahlen im Mai an den Senat. Der Sejm hat am 6. April die obligatorische Briefwahl beschlossen, um die Gesundheit der Wähler in der Corona-Epidemie zu schützen. Das SN empfiehlt dem Senat, das Gesetz nicht weiter zu beraten. Die Gründe seien Zweifel am Gesetzgebungsprozess des Sejm und fachliche Mängel. |
| 27.04.2020 | | Der Vorstand der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament ruft die polnische Regierung dazu auf, die für den 10. Mai geplante Präsidentenwahl nicht durchzuführen. Stattdessen sollte der Katastrophenfall ausgerufen werden, was eine Verschiebung des Wahltermins auf die Zeit nach der Corona-Epidemie erlauben würde. Die in Polen regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sollte die Epidemie nicht ausnutzen, um ihrem Kandidaten zur Wiederwahl zu verhelfen, heißt es in der Stellungnahme. |

| Datum | Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle* | Ereignis |
|------------|---|---|
| 28.04.2020 | 12.218/596 | Der Senat befasst sich mit dem Gesetz zur Änderung der Wahlordnung, das der Sejm am 6. April beschlossen hat. Der Senat hört Experten an, u. a. den Vorsitzende der Staatlichen Wahlkommission, den Bürgerrechtsbeauftragten, Vertreter des Verbandes der Polnischen Städte sowie Juristen. Die obligatorische Durchführung der Briefwahl bei den Präsidentenwahlen im Mai wurde mit dem Gesundheitsschutz angesichts der herrschenden Corona-Epidemie begründet. Kritiker stellen die Verfassungsmäßigkeit der Änderung und die Durchführbarkeit in Frage und bezweifeln, dass der Gesundheitsschutz für die Bevölkerung ausreicht. |
| 28.04.2020 | | Donald Tusk, ehemaliger Ministerpräsident Polens und ehemaliger Ratspräsident der Europäischen Union, gegenwärtig Vorsitzender der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, ruft zum Boykott der für Mai anberaumten Präsidentenwahlen in Polen auf. Als Gründe nennt er den Gesundheitsschutz in der herrschenden Corona-Epidemie sowie die nicht verfassungskonformen Änderungen der Wahlordnung. |
| 29.04.2020 | 12.640/624 | Der stellvertretende Außenminister Paweł Jabłoński verurteilt in einem Radiointerview die Stellungnahme der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum geänderten Wahlgesetz für die Präsidentenwahlen am 10. Mai in Polen als einseitig. Die Stellungnahme geht auf die Initiative des Bürgerrechtsbeauftragten der polnischen Regierung, Adam Bodnar, zurück. Die OSZE sagt, die Änderung der Wahlordnung verletze demokratische Standards und es bestünden technische Probleme bei der Durchführung der nun obligatorischen Briefwahl. Zum Schutz der Gesundheit der Wähler in der Corona-Epidemie sei die Änderung notwendig gewesen, so Jabłoński. Die OSZE messe aber mit zweierlei Maß und habe beispielsweise die Kommunalwahlen per Briefwahl in Bayern im März nicht kritisiert. |
| 29.04.2020 | | Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigt die zweite Phase der Lockerungen von Schutzmaßnahmen und Verboten anlässlich der Corona-Epidemie an, die ab dem 4. Mai gelten soll. Vorgesehen ist die Rückkehr ins Berufs- und öffentliche Leben in vier Schritten, die alle zwei Wochen, jedoch abhängig von der Entwicklung der Epidemie vollzogen werden sollen. Die erste Etappe begann am 20. April. |
| 30.04.2020 | 12.877/644 | Der Vorsitzende der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW), Sylwester Marciniak, sagt in einem Interview, dass die Durchführung des ersten Wahlganges der Präsidentenwahlen am 10. Mai unrealistisch ist. Das Gesetz, das die obligatorische Durchführung der Briefwahl vorschreibt, werde zurzeit vom Senat beraten, der dafür noch eine Woche Zeit habe. Außerdem bestünden organisatorische und technische Probleme bei der Durchführung. Die Briefwahl soll den Wählern gesundheitlichen Schutz in der Corona-Epidemie bieten. |
| 30.04.2020 | | Der Sejm verabschiedet mit 233 Stimmen (212 Gegenstimmen, elf Enthaltungen) ein weiteres Gesetz des »Antikrisenschildes« zur Bewältigung der Corona-Epidemie. U. a. sieht es 900 Mio. Zloty für die »Agentur für die Entwicklung der Industrie« vor, um Unternehmen zu unterstützen. Im akademischen Bereich werden Fristverlängerungen bei Studentenkrediten und Verschiebungen von Terminen bei Qualifikationsarbeiten eingeräumt. |
| 01.05.2020 | 13.105/651 | |
| 02.05.2020 | 13.375/664 | Am »Tag der Polonia und der im Ausland lebenden Polen« sagt Senatsmarschall Tomasz Grodzki, dass die von der Regierung initiierte und vom Sejm beschlossene Änderung der Wahlordnung der Präsidentenwahlen sowie die Corona-Pandemie es den im Ausland lebenden Polen sehr erschweren oder unmöglich machen würden, am 10. Mai an der Präsidentenwahl teilzunehmen. Der Senat werde sich dafür einsetzen, dass der Grundsatz der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl und auch der Gesundheitsschutz eingehalten würden. Zurzeit berät der Senat die umstrittene Änderung, die wegen der Corona-Epidemie Briefwahl vorschreibt. |

| Datum | Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle* | Ereignis |
|------------|--|--|
| 03.05.2020 | 13.693/678 | In seiner Ansprache aus Anlass des Feiertags der Verfassung vom 3. Mai (1791) ruft Präsident Andrzej Duda vor dem Hintergrund der herrschenden Corona-Epidemie zur Zusammenarbeit auf. Konflikte und Partikularinteressen müssten zurücktreten, da das Land Ordnung und Stabilität brauche, um die Epidemie einzudämmen. |
| 03.05.2020 | | Am Feiertag der Verfassung vom 3. Mai (1791) fordert die Präsidentschaftskandidatin der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Małgorzata Kidawa-Błońska, die Regierung auf, die im Mai geplanten Präsidentschaftswahlen nicht durchzuführen. Die aufgrund der Corona-Epidemie verabschiedete Änderung der Wahlordnung zugunsten der obligatorischen Briefwahl sei nicht verfassungskonform. Władysław Kosiniak-Kamysz, Parteivorsitzender und Präsidentschaftskandidat der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), spricht sich aufgrund der Corona-Epidemie für eine Verschiebung der Präsidentschaftswahlen aus. Sollte die Regierung sie dennoch im Mai durchführen, werde er wählen gehen, um Präsident Andrzej Duda abzuwählen. Robert Biedroń, Kandidat der Linken (Lewica), ruft die Oppositionsparteien angesichts der unterschiedlichen Haltungen zur Teilnahme oder zum Boykott der Wahlen zur Geschlossenheit auf. Der unabhängige Kandidat Szymon Hołownia unterstreicht, die Verfassung von 1997 müsse gelesen und angewendet und nicht geändert werden. Er bezieht sich damit auf die Änderung der Wahlordnung zur Präsidentschaftswahl, die wenige Wochen vor der Wahl nicht hätte vollzogen werden dürfen. |
| 04.05.2020 | 14,006/698 | Die zweite Phase der Lockerungen von Schutzmaßnahmen und Verboten anlässlich der Corona-Epidemie tritt in Kraft. Einkaufszentren und großflächige Geschäfte dürfen wieder öffnen sowie Baumärkte auch wieder an den Wochenenden. Die sogenannten Senioreneinkaufszeiten für Menschen ab 65 Jahren (10–12 Uhr) werden aufgehoben. Hotels und andere Übernachtungsanbieter dürfen ihren Betrieb wieder aufnehmen, allerdings ohne Restaurantbetrieb, Speisen müssen im Zimmer serviert werden. Die obligatorische Quarantäne für Personen, die in Deutschland, Litauen, der Slowakei oder Tschechien arbeiten oder studieren, wird aufgehoben, dies gilt jedoch nicht für medizinisches und Pflegepersonal. Ebenfalls können Bibliotheken, Museen und Archive abhängig von der epidemiologischen Lage vor Ort wieder öffnen. |

*Daten der Johns-Hopkins-University

CHRONIK

21. April – 4. Mai 2020

| | |
|------------|--|
| 29.04.2020 | Die Europäische Kommission beschließt, gegen Polen ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Der Grund ist das im Dezember 2019 im Rahmen der Justizreform verabschiedete »Disziplingesetz«, das Richtern mit Sanktionen droht, wenn sie die Entscheidungskompetenz eines anderen Richters oder die Legalität eines Gerichtes infrage stellen. Außerdem dürfen sich Richter nach dem Gesetz nicht politisch betätigen. Damit seien die Unabhängigkeit der Richter und übergeordnete europäische Werte verletzt, so die Kommission. Polen hat zwei Monate Zeit für eine Stellungnahme. |
| 30.04.2020 | Nach der Entscheidung vom Vortag sagt Justizminister Zbigniew Ziobro, die Europäische Kommission überschreite mit der Einleitung eines weiteren Vertragsverletzungsverfahrens gegen Polen infolge des in Polen verabschiedeten »Disziplingesetzes« (Dezember 2019) ihre Kompetenzen. Polen werde niemals zulassen, dass die europäischen Verträge über der polnischen Verfassung stünden. |

| | |
|------------|---|
| 30.04.2020 | Präsident Andrzej Duda bestimmt Kamil Zaradkiewicz zur Ausübung der Tätigkeit des Ersten Präsidenten des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN). Als nächster Schritt muss die Wahl des Ersten Präsidenten durchgeführt werden. Zaradkiewicz folgt auf die bisherige Vorsitzende Małgorzata Gersdorf, die die Justizreform der Regierung wiederholt kritisiert hat. Gersdorfs Amtszeit endet regulär am 30. April 2020. |
| 01.05.2020 | Am Tag des Beitritts Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 sagt Małgorzata Jarosińska-Jedynak, Ministerin für Fonds und Regionalpolitik, Polen habe in den 16 Jahren seiner Mitgliedschaft 181,5 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt erhalten und 58,5 Mrd. Euro eingezahlt. Die finanziellen Mittel und die Öffnung der Märkte und Grenzen hätten einen beispiellosen Entwicklungsschub für Polen in Gang gesetzt. Auch habe sich die Gesellschaft durch den EU-Beitritt verändert und würde sich die junge Generation selbstverständlich als gleichberechtigte Europäer verstehen. |

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

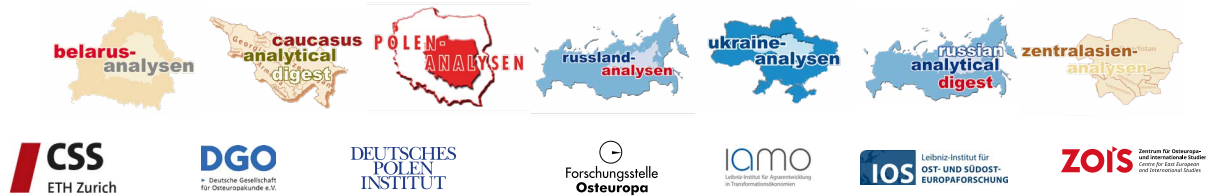
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.